

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-6012, Telex 25655 und d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodenberg, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmanndruck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

8/82

12. Mai

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. „Der Gründungsausschluß für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.“

Ossietzky-Tage '82 sehr ermutigend

Das Symposium „Militärische Einflüsse auf die Wissenschaft und militärische Anwendung ihrer Ergebnisse“ im Rahmen der Ossietzky-Tage '82 ist nach Auffassung von Präsident Dr. Horst Zilleßen so ermutigend gelaufen, daß die Universität weitere Veranstaltungen mit ähnlichen

Hans-Dietrich Raapke: Lehrerausbildung hat noch Zukunft. Seite 2

cher Thematik planen sollte. Das Uni-Info wird in der nächsten Ausgabe ausführlich in einer Sonderbeilage über die Ergebnisse, insbesondere der Arbeitsgruppen Biologie, Chemie/Pharmakologie, Mathematik/Informatik/Physik und Psychologie/Pädagogik berichten.

KIBUM: Studenten können mitmachen

Vom 6. bis 14. November 1982 findet die 8. Oldenburger Kinder- und Jugendbuchmesse statt. Ein Kolloquium zur Vorbereitung findet 14-tägig montags statt. Die nächsten Termine: 17. Mai, 7. Juni je 18.00 - 20.00, VG 205 (bitte Aushänge beachten). Die Teilnehmer sollten auch zur aktiven Mitwirkung bei der KIBUM vor allem im Oktober und November bereit sein. Kontaktadresse: Raapke, A 210, Tel. 6001.

Neuer AStA

Das Studentenparlament der Universität Oldenburg hat bei seiner letzten Sitzung am 28. April den neuen Allgemeinen Studenten Ausschuß gewählt. Der neue AStA setzt sich aus sechs Angehörigen des SHB, vier Mitgliedern des MSB Spartakus und zwei Frauen aus der autonomen Frauenbewegung zusammen. Die Namen der Referenten:

Sprecher: Michael Kinstler (SHB-nahe), Finanzen und BAFöG-Beratung: Leif Martinzen (SHB), Allgemeine Politik: Ute Winkelmann (SHB), Ausländer und Internationales: Mehmet Hatunoglu (SHB-nahe), Fachschaften: Heino Bader (SHB), Martina Heuter (SHB), selbstbestimmtes Frauen- und Lesben-Referat: Gisela Chlost (MSB), Ilona Rettmer (unorganisiert), Brigitte Jabben (unorganisiert), Hochschulpolitik: Uli Scheidsteiger (MSB), Kultur: Jürgen Köster (MSB), Soziologie: Hansi Schunck (MSB).

Kinderbetreuung jeden Nachmittag

Noch zu wenig wird die von einigen Studenteneltern eingerichtete Kinderbetreuung am Nachmittag in der Universität genutzt. Die Initiativgruppe bemüht sich deshalb um Kinder wie um Helfer. Die Kinderbetreuung findet jeden Nachmittag von 14.00 bis 18.00 im VG 301 statt. Mittwochs um 16.00 werden Eltern und Betreuern Einzelheiten besprochen. Im WS 82/83 zieht die Kinderbetreuung in den neuen Zentralbereich um.

Hochschulausbau mit Stellenstreichungen

Dramatische Zuspitzung der Sparpolitik

Am 26. Mai wird eine gesamtuniversitäre Veranstaltung um 9.30 in der Aula zur Sparpolitik der Landesregierung im Hochschulbereich und deren Konsequenzen für die Universität Oldenburg stattfinden. Der Senat faßte auf Antrag der Studenten einen entsprechenden Beschuß, um einer breiteren Öffentlichkeit deutlich vor Augen zu führen, daß der Aufbau und Ausbau der Universität und die Einrichtung neuer Studiengänge überwiegend durch Stellenstreichungen verwirklicht werden sollen. Ein widersinniges Unternehmen, wie das Gremium befand. Anlaß der Senatssitzung war ein Erlaß des Wissenschaftsministers, in dem er die Universität Oldenburg aufgefordert hatte, acht Stellen aus dem derzeitigen Stellennetz zur Streichung vorzuschlagen. Auch den anderen Hochschulen war ein entsprechender Erlaß zugegangen.

Just zu dem Zeitpunkt, als sich der Senat mit dieser Thematik befäte und eine Stellungnahme dazu verabschiedete, traf ein weiterer Schnellbrief des Ministers ein, in dem für die Universität Oldenburg wie für zehn weitere Hochschulen mit sofortiger Wirkung eine Wiederbesetzungsperre angeordnet wurde. Der Minister sah sich zu dieser Maßnahme, wie er es formulierte, „veranlaßt“, weil diese Hochschulen nicht bereit gewesen waren, bis zum 30. April die Stellenstreichungen vorzuschlagen.

Jetzt will er selbst Hand an den Personalhaushalt der Universität legen. Zu dieser restriktiven Politik sah sich der Wissenschaftsminister genötigt, nachdem das Kabinett seinem Wunsch nach 150 neuen Stellen für das Haushaltsjahr 1983 nicht entsprochen hatte. Jetzt möchte er durch Streichungen „neue“ Stellen gewinnen, die er den Hochschulen für neue Aufgaben (u.a. neue Studiengänge) zuweisen kann. Die neuen Stellen werden insbesondere bei Fortsetzung S. 2

Forum über Musikerziehung in deutschsprachigen Ländern

Am 22. und 23. Mai findet in der Universität ein Forum „Musikerziehung in den deutschsprachigen Ländern BRD, DDR, Österreich und Schweiz“ statt. In diesem Beitrag zur vergleichenden Musikpädagogik wird erstmals der Versuch unternommen, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den einzelnen Ländern systematisch zu erfassen. Das Forum wendet sich an Studenten und Lehrende der Fächer Musik und Pädagogik sowie an praktizierende Musiklehrer. Aus diesen Disziplinen kommen auch die Referenten, darunter auch ein schweizer und ein österreichischer Wissenschaftler.

Alle Themen, so der Veranstalter, werden jeweils aus der Sicht aller

deutschsprachigen Länder besprochen.

● 22. Mai, Raum D 103, 11.00-13.00, Geschichte des Schulfaches Musik, seit 1900 - insbesondere seit 1945, 15.00-19.00: Das Schulsystem im Kontext der Gesellschaft, Das Schulfach Musik im Schulsystem, Organisation des Schulfaches Musik.

● 23. Mai, Raum D 103, 10.00-13.00, Musikunterricht: Selbstverständnis, Ziele Inhalte.

Mit den Themenschwerpunkten Musikunterricht in und außerhalb der Schule, Praxis des Musikunterrichts, Musiklehrerausbildung u.a. wird das Forum am 12. und 13. Juni fortgesetzt.

Bei Zusatzstudium doch keine Arbeitslosenhilfe?

Das Arbeitsamt hält offensichtlich seine eigene Zusage gegenüber der Universität, arbeitslosen Lehrern ein Zusatzstudium unter Beibehaltung von Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld zu ermöglichen, nicht in ein. Das wenigstens geht aus Mitteilungen des Amtes an arbeitslose Lehrer und Mitarbeiter der Studienberatung hervor. Den Schlagzeilen der Presse „Kultusminister warnt vor Lehrerausbildung“, „Finanzminister streichen Lehrerstellen“ entsprechen die Lehrerstellenabschreibungen, die Ende April wieder in der Universität aushingen: So gut wie kein Grund- und Hauptschullehrer wird eine Stelle bekommen, nur jeder fünfte Gymnasiallehrer, nur jeder zweite Sonderschullehrer; allein die Handelslehrer brauchen wohl Arbeitslosigkeit (noch) nicht zu fürchten. Und es soll ja nicht besser werden, eher schlechter. Bis zum nächsten Schülertag werden noch viele Jahre ins Land gehen. Schlechte Zeiten für Absolventen der Lehrerausbildung.

Konzil:

Disziplinarverfahren ist mit der Verfassung nicht zu vereinbaren

Mit großer Mehrheit hat heute das Konzil in einer Sondersitzung den Minister aufgefordert, die Ermittlungen gegen die Erziehungswissenschaftlerin Dr. Heike Fleßner wegen ihrer Kandidatur für die DKP im vergangenen Jahr einzustellen. Allerdings wurde die Resolution in einer Abstimmung nicht einstimmig verabschiedet, obwohl sich Sprecher der Demokratischen Hochschule (DH), der Linken Liste (Lili), des Arbeitskreises Hochschulpolitik (AKH), des Bundes Demokratischer Wissenschaftler (BdWi) der ÖTV, der DAG und der Studenten für die Annahme der Resolution ausgesprochen hatten. 58 Konzilmitglieder stimmten dafür, acht dagegen, drei enthielten sich der Stimme. Ausdrücklich begrüßte in diesem Zusammenhang das Konzil die Remonstration von Präsident Dr. Horst Zilleßen, der gegen die Ministeranweisung im Fall Fleßner in aller Form entsprechend dem Niedersächsischen Beamten gesetz juristische und politische Bedenken erhoben hatte - eine von Beamten nur außerordentlich selten genutzte Möglichkeit. Zilleßen trug seine Bedenken auf der Basis vom ihm in Auftrag gegebenen Gutachten (s. uni-info 7/82) des Hageners Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Ulrich Battis und der Oldenburger Rechtswissenschaftler Blanke und Sterzel dem Minister vor. Der Minister jedoch wies diese Argumentation zurück.

Text der Konzilsresolution

Mit Betroffenheit haben wir erfahren, daß der Minister für Wissenschaft und Kunst den Präsidenten trotz seiner Remonstration angewiesen hat, Vorermittlungen zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens zu stützen, das letztlich zur Zerstörung der beruflichen Existenz führen kann, ist nicht vereinbar mit der Verfassung eines demokratischen Staates.

tung eines Disziplinarverfahrens gegen Frau Dr. Heike Fleßner durchzuführen.

Frau Dr. Heike Fleßner ist seit zehn Jahren Mitglied unserer Hochschule und arbeitet als Lehrende im Fachbereich Pädagogik. Für alle, die sie kennen, ist klar, daß ihre Tätigkeit keinen Anlaß für disziplinarische Ermittlungen gibt.

Wir finden es unverständlich, daß die Frau Fleßner vorgeworfene Kandidatur zu den niedersächsischen Kommunalwahlen automatisch ein Disziplinarverfahren auslösen kann. Die Kandidatur in Wahlen zu demokratischen Vertretungsorganen ist die Wahrnehmung des Rechtes, für politische Zielsetzungen innerhalb der verfassungsmäßigen Verfahren politischer Willensbildung einzutreten. Darauf die Einleitung eines Disziplinarverfahrens zu stützen, das letztlich zur Zerstörung der beruflichen Existenz führen kann, ist nicht vereinbar mit der Verfassung eines demokratischen Staates.

Nicht die Verfolgung politisch Andersdenkender, sondern die sachliche und politische Auseinandersetzung mit ihren Auffassungen ist geboten und einer Demokratie würdig.

Wir begrüßen es, daß der Präsident von seinem Recht der Remonstration Gebrauch gemacht hat und damit seine schwerwiegenden rechtlichen und politischen Bedenken gegenüber dem Vorhaben des Ministers zum Ausdruck gebracht hat. Wir gehen davon aus, daß der Präsident sich auch bei weiteren Schritten in diesem Sinne verhalten wird.

Wir fordern den Minister auf, die Ermittlungen gegen Frau Dr. Heike Fleßner einzustellen.

kein „Dienstverhältnis“ und begründet daher keine Ansprüche. Während die arbeitslosen Lehrer aus der zweiphasigen Ausbildung weiterhin Arbeitslosenhilfe beanspruchen können, sind die Einphasigen auf die Sozialhilfe verwiesen. (Nur das Arbeitsamt Oldenburg vertritt weiterhin die Rechtsauffassung, auch ELAB-Absolventen hätten Anspruch auf Arbeitslosenhilfe). Soll das die versprochene „Gleichwertigkeit“ von ELAB und ZWELAB sein?

Die Universität hatte noch vor kurzem die ELAB-Absolventen über die Möglichkeit von Zusatzstudium und Arbeitslosenhilfebezug informiert - nach bestem Wissen und Gewissen. Sie wird jetzt versuchen müssen, die Arbeitsverwaltung zur Revision ihrer ablehnenden Entscheidungen zu veranlassen. Über das Ergebnis wird an dieser Stelle wieder zu berichten sein. Nähere Information bei Hansjürgen Otto ZpB.

Lehrerausbildung hat noch Zukunft

Hans-Dietrich Raapke über die Reduzierung der Lehramtsstudienplätze

Tausende von Absolventen des Lehramtsstudiums warten vergeblich auf Einstellung, und es werden immer mehr, die warten oder sich etwas anderes suchen. Das ist eine bittere Wahrheit. Nichts deutet darauf hin, daß die Landesregierung überlegt und plant, wie man wenigstens für einen Teil dieser ausgebildeten Lehrer Arbeitsmöglichkeiten und neue Stellen schaffen könnte. Stattdessen ist alles Augenmerk darauf gerichtet, die Kapazität der Lehrerausbildung, „runterzufahren“, um wenigstens in Zukunft nicht mehr so viele Lehrer vor der Tür stehen zu haben.

Bei den Studiengängen für Grund- und Hauptschullehrer sollen die Plätze für Studienanfänger um mehr als die Hälfte von jetzt 2300 auf 1000 reduziert werden. In Göttingen soll der Erziehungswissenschaftliche Fachbereich (ehemalige PH) aufgelöst werden, an anderen Standorten werden möglicherweise ganze Fächergruppen herausgenommen. Bei den Studiengängen für die Lehrer an Realschulen, Gymnasien und Sonderschulen werden entsprechende Überlegungen wohl nicht so bald folgen; denn da gibt es größere politische Hemmungen.

Alles scheint sonnenklar: Es gibt zu wenig Kinder und zu viele Lehrer; also muß die Lehrerausbildung eingeschränkt werden. Und alle scheinen sich darin einig zu sein, Landespolitiker, Ministerialbeamte, Vertreter der Hochschulen, Schulverwaltungen und vielleicht sogar etliche Eltern: Wir „produzieren“ zu viele Lehrer, wir „produzieren auf Halde“. Geredet wird hier, als handele es sich um die Produktion z.B. von Autos. Wenn man die Diskussionen verfolgt, merkt man bald, daß hier noch mancherlei anderes im Spiel sein könnte als nur besonnene rationale Planung. Waren die Lehrer in den letzten Jahren nicht besonders aufmüpfig? Von der eigenen Schulzeit her gibt es noch unangenehme Erinnerungen an Schule und Lehrer. Und heute erleben wir durch unsere Kinder auch so manches, was uns nicht für die Lehrer einnimmt.

Also packen wir das alles an der Wurzel und schränken die Ausbildung der Lehrer drastisch ein. An den Hochschulen trifft sich das auch nicht schlecht, wenn in den nächsten knappen Jahren die Stellen- und Sachmittel der Lehrerausbildung als Reservoir für anderen Bedarf dienen können. Und manches andere mag auch noch in dem Syndrom „Runterfahren der Lehrerausbildung“ stecken.

Warum schweigen fast alle, die wissen, daß hier ein verhängnisvoller Weg beschriften wird? Auf die Lehrerausbildung darf jedermann ungestrahlt eindreschen, sie wird zum Prügelknaben für die Akademiker-Arbeitslosigkeit gemacht, - als ob dort der Grund läge.

Im folgenden seien einige Punkte genannt, die vielleicht zur Verschlüff-

chung der Diskussion beitragen können.

• Lehrer lassen sich nicht wie Autos oder Kohlen auf Halde stellen oder schütten. In allen Prognosen für den Bildungsbereich ist das tatsächliche Verhalten der Betroffenen ein unwägbare Faktor. So wenig sicher man heute weiß, wie hoch z.B. die Zahl der Studienplatzbewerber 1995 oder im Jahr 2000 sein wird, so wenig sicher weiß man bisher, was Hochschulabsolventen mit ihrer Ausbildung anfangen. Es gibt da eine breite Grauzone. Die Zahl der heute arbeitslosen Absolventen bzw. arbeitsuchenden Lehrer zum Maßstab für die Verringerung der Lehrerausbildungskapazität zu machen, erscheint kurzfristig, wenn nicht gar fahrlässig im Hinblick auf die Zukunft.

• Eingriffe in die Ausbildungsstrukturen und -kapazitäten der Hochschulen werden sich etwa zehn bis 15 Jahre später auswirken. Die Älteren mögen sich erinnern: Mit einem scharfen numerus clausus (der damals nicht so hieß) am Anfang der fünfziger Jahre an den Pädagogischen Hochschulen wurde der Lehrermangel Mitte der sechziger Jahre vorbereitet, obschon damals selbstverständlich mehrere zusammenkam. In der Folgezeit wurde die Lehrerausbildung - so wie die Hochschulen überhaupt - kräftig ausgebaut. Aber nur bei der Lehrerausbildung plant man schon wieder einen Eingriff, und zwar so drastisch, daß damit in die langen Jahren mit viel Mühen und viel Geld aufgebaut niedersächsische Lehrerausbildung in ihrer komplizierten und empfindlichen Struktur stark angeschlagen und zerstört werden könnte. Wer soll das alles später wieder aufbauen?

• Es ist eine vielfach erhärtete Einsicht, daß unter zahlreichen Wissenschaftsdisziplinen und Studiengängen - und zumal in den Geisteswissenschaften - die Ausbildung zum Lehrer eine der besten berufskompatiblen akademischen Ausbildungen ist, die die Hochschulen derzeit bieten können. Weder die Magister-Studiengänge noch etliche Diplom-Studiengänge haben ein solches Maß an Praxisnähe und Berufsbezogenheit aufzuweisen wie die Lehramtsstudiengänge. Wenn sich Studienanfänger trotz aller Warnungen nicht vom Lehrerstudium abschrecken lassen, braucht das nicht nur Blindheit zu sein.

• Wenn der Vergleich mit der Auto-Produktion überhaupt einen Sinn gibt, dann diesen: Bei Absatzschwierigkeiten wird nicht die Produktion eingestellt, sondern die Qualität der Autos verbessert.

Die Qualitätsverbesserung der Lehrerausbildung ist möglich und erforderlich. Einer der größten Mängel ist die starke Spezialisierung auf wenige Fächer und eine Schulförm. Der Jurist hat ein sehr viel breiteres Berufsfeld vor sich als der Lehrer. Beim

tert am Montag, 24. Mai, 16.00, im VG 015 „Windenergie - ein Beispiel für die Schwierigkeit bei der Einführung einer neuen Technologie“. Über neueste Erkenntnisse auf dem Gebiet der Sternentwicklung referiert Professor Dr. Weigert von der Sternwarte Hamburg am Montag, 7. Juni, 16.00, im VG 015.

Auerheimer spricht

Am Freitag, 4. Juni, 14.00, VG 001, wird das Thema „Die Bedeutung der Perspektive im Erziehungs- und Bildungsprozeß“ in einem öffentlichen Vortrag behandelt. Der Marburger Erziehungswissenschaftler, Prof. Dr. Georg Auerheimer spricht auf Einladung der BdWi-Sektion Oldenburg.

Stipendien & Studienplätze

• Die jordanische Königliche Akademie für die Erforschung der islamischen Zivilisation („Al Albait Foundation“) vergibt in diesem Jahr erstmals den „Saleh Kamel-Preis“ für Forschung auf dem Gebiet der islamischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Der Preis ist mit 15.000 bzw. 20.000 US Dollar dotiert. Nähere Informationen erteilt das Akademische Auslandsamt, Raum A 202.

• Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) informiert in zwei Broschüren über Veranstaltungen, die sich an Jugendliche in Deutschland und Frankreich („Experimentelle Begegnungsprogramme 1982“) und Gruppenleiter aus beiden Ländern wenden („Ausbildung für deutsch-französische und andere interkulturelle/internationale Begegnungen“). Die Broschüren können im Akademischen Auslandsamt, Raum A 202, eingesehen oder direkt beim DFJW, Rhöndorfer Straße 23, 5340 Bad Honnef 1, angefordert werden.

• Das Institut für Stadt- und Regionalstudien der Universität Birmingham bietet Studenten -u.a. der Raumplanung- die Möglichkeit, post-graduate-Studiengänge mit unterschiedlichen Schwerpunkten im Bereich der Stadt- und Regionalplanung zu belegen. Die gebotenen Spezialisierungen sind Wohnungsfragen und Sozialpolitik, Freizeit und Tourismus, Regionalplanung und Wirtschaftsentwicklung sowie Geschichte der Planung. Nähere Informationen vermitteln das Akademische Auslandsamt (Raum A 202) bzw. sind von Herrn Dr. Walther von der Arbeitsgruppe Stadtforschung zu erhalten.

• Die Fulbright-Kommission hat jetzt die Voll- und Teilstipendien zum Studium in den USA im akademischen Jahr 1983/84 ausgeschrieben. Bewerbungen können sich Studenten mit deutscher Staatsangehörigkeit, die nicht älter als 35 Jahre sein sollen und sich im Sommer 1983 mindestens im vierten Hochschulsemester befinden. Um Vollstipendien können sich nur Studenten bewerben, die ihr Studium frühestens im Juli 1982 abschließen; Graduierte, deren Examen vor dem 1. Juli 1982 liegt, können sich lediglich um ein Teilstipendium bewerben.

Vollstipendien decken in der Regel alle mit dem US-Aufenthalt verbundenen Kosten wie Lebensunterhalt, Studiengebühren und eine Reise in die USA und zurück; Teilstipendien umfassen die Studiengebühren, Reisekosten sowie einen begrenzten Beitrag zu den Lebenshaltungskosten, wobei eine Eigenleistung, die auch in Form von BAFög, Waisenrente etc. nachgewiesen werden kann, in Höhe von 6.000 Mark vorausgesetzt wird.

Bewerbungen, die sich auch parallel auf beide Stipendienprogramme beziehen können, erfolgen über das Akademische Auslandsamt bis zum 16. Juni 1982; weitere Informationen sowie Bewerbungsformulare sind ebenfalls dort (Raum A 202) erhältlich.

Graduierte, die sich um ein Teilstipendium bewerben wollen, müssen sich direkt an die Fulbright-Kommission, Theaterplatz 1A, 5300 Bonn 2, wenden und erhalten die Bewerbungsunterlagen von dort.

„Freiheit von Forschung und Lehre bedroht“

Biologen-Förderung
Nachwuchswissenschaftlern bietet das Fogarty International Center der amerikanischen Institutes of Health (NIH) für 1983 und 1984 in der Regel sechs oder zwölf Monate dauernde Stipendien zu einer biowissenschaftlichen Sonderausbildung. Bewerbungsunterlagen sind bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Frank Grünhagen, Kennedyallee 40, 5300 Bonn 2, zu erhalten. Bewerbungen müssen bis zum 15. Juni 1982 eingereicht werden.

Einstimmig hat der Fachbereichsrat 2 „Kommunikation/Asthetik“ dagegen protestiert, daß gegen den an diesem Fachbereich ausgebildeten Absolventen, dem Lehrer Günter Orendi, sowie gegen zwei weitere Absolventen der Universität, Hartmut Ring und Elmar Mittelstädt, „Berufsverboteverfahren eingeleitet werden sind“.

Mit Stellenstreichungen Ausbau

Fortsetzung von Seite 1
den Neugründungen in Oldenburg und Osnabrück benötigt. Sie erhalten auch unter dem Strich mehr Stellen als sie abgeben müssen. Die Universität soll 1983 19 Stellen bekommen, so daß sie letztlich mit einem Plus von 11 Stellen abschneidet.

Doch dieser Zuwachs reicht längst nicht, um auch nur den dringlichsten Bedarf abzudecken. Sollte es bei dieser Zuwachsrate bleiben, kann an neue Studiengänge in Oldenburg, wie sie von der Universität gewünscht werden und vom Wissenschaftsminister angekündigt sind, nicht gedacht werden. Neue Studiengänge wiederum aber sind die Bedingung dafür, daß an der Universität Oldenburg die Zahl der Lehramtsstudenten nicht weiterhin steigt. Denn nur mit neuen Diplomstudiengängen kann die Universität den Bedarf an Studienplätzen im begrenzten Rahmen decken, ohne gleichzeitig den Anteil der Lehramtsstudenten zu erhöhen. Dies ist aber das erklärte Ziel des Ministers. Er möchte, wie bekannt, den Anteil der Lehramtsstudenten sogar insgesamt erheblich verringern. Aus diesem Bereich wünschte er denn auch in erster Linie die Stellenstreichungen.

Der Senat der Universität möchte diese Politik so allerdings nicht mitmachen. Vielmehr legte er dar, daß sich angesichts der enorm steigenden Studentenzahl (Erstimmatrikulation in SS 1982: über 600), des Personal-

bedarfs der immer noch im Aufbau befindlichen Naturwissenschaften/Mathematik und des erheblichen Stellendefizits für den wissenschaftlichen Nachwuchs die strukturellen Hochschulentwicklungsziele nur mit Hilfe eines längerfristigen Gesamtkonzeptes lösen ließen - mit einem stetigen Stellenzuwachs. Vertretbare Umwandlungen und Umwidmungen von Stellen könnten in diesem Rahmen verwirklicht werden - allerdings nicht in einem Haushaltssjahr.

Doch nicht allein die Stellenstreichungen stellen die Universität Oldenburg vor fast unlösbare Probleme. Überhaupt noch nicht abzusehen sind die Konsequenzen, die auf die Universität zukommen, wenn die Bibliothek nicht die vom Wissenschaftsministerium versprochenen 30 Millionen Mark im Rahmen der Ausbauplanung für die Bibliothek erhält. Dann müßten wesentliche Teile der Bücher- und Zeitschriftenbeschaffung über die Titelgruppe 71 laufen, was bedeuten würde, daß für Forschung und Lehre in einzelnen Fächern Abzüge bis zu 50 Prozent drohen - ganz davon abgesehen, daß auch damit nicht der notwendige Büchergrundbestand für die Bibliothek beschafft werden könnte.

Nach Einschätzung von Vizepräsident Prof. Dr. Peter Köll steht die Universität in einer gleichen besorgnisregenden Situation wie 1978, als der Ausbau der Hochschule insgesamt in Frage stand.

In seiner Resolution verwahrt sich der Fachbereichsrat entschieden dagegen, daß zur Begründung dieser Verfahren neben völlig leglen friedens- und kulturpolitischen sowie staatsbürgerlichen Aktivitäten auch Tätigkeiten im Rahmen der universitären Selbstverwaltung während des Studiums gesammelt worden seien und nun für diese Verfahren herangezogen würden.

„Eine solche Vorgehensweise der Verfassungsschutzorgane und des Niedersächsischen Inneministeriums ist geeignet, demokratisches Engagement der Studenten inner- und außerhalb der Universität in Frage zu stellen“, urteilt die Resolution und sieht damit auch das Funktionieren der universitären Selbstverwaltung und das Ausbildungsziel der Universität gefährdet, die zur „kritischen Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen und beruflichen Praxis befähigen sollte“.

Ferner sieht der Fachbereichsrat die „Freiheit von Forschung und Lehre in unerträglicher Weise bedroht“, da einem der Betroffenen die Teilnahme an einer Veranstaltung des auch vom Fachbereich 2 mitgetragenen Projektes „Frieden und Abrüstung“ vorgehalten wurde und seine Nennung als Kontaktperson zur Begründung von Zweifeln an der Verfassungstreue herangezogen worden sei.

Der Fachbereichsrat forderte die Niedersächsische Landesregierung auf, „die Berufsverbotsverfahren gegen die drei Betroffenen sofort einzustellen und diese unverzüglich in den Schuldienst zu übernehmen“.

Auch der Präsident der Universität, Dr. Horst Zilleßen, hatte in einer Stellungnahme die Befürchtung geäußert, daß das Vorgehen der Behörden einer demokratischen Entwicklung eher schade als nütze, da es geeignet sei, junge Staatsbürger von der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte abzuhalten.

Asbest, Wind und Sterne

Der Fachbereich 8 „Physik“ veranstaltet während des Sommersemesters ein Physikalisches Kolloquium. Mehrere Vortragsveranstaltungen, die öffentlich sind, beschäftigen sich mit verschiedenen Forschungsbereichen, zu denen auch auswärtige Wissenschaftler referieren.

Am Montag, 10. Mai, referierte Dr. Dieter Hückel vom Verein für Umwelt- und Arbeitsschutz (VUA) e.V. aus Bremen über „Asbest - ein ubiquitärer Schadstoff - Vorkommen, Verwendung, Gesundheitsgefahren“. Einen Tag später sprach Prof. Kaminski von der Sternwarte in Bremen über „Remote Sensing - Erforschung der Erde aus dem Weltraum. Eine Methode zur Verobjektivierung von Umweltfragen“. Prof. G. Obermaier, Universität Regensburg, erläu-

Nach Ministererlaß:

Schon bald Entscheidung über Institutsverfassung?

Voraussichtlich am 23. Juni wird der Senat über seine Reaktion auf den Ministererlaß des Wissenschaftsministers beraten und entscheiden. Wie bereits in einem „Uni-Info extra“ berichtet, hatte der Minister die Hochschule definitiv aufgefordert, bis zum 30. Juni ein Konzept für die Bildung von wissenschaftlichen Einrichtungen vorzulegen. Andernfalls werde er per Oktroi Institute an der Universität bilden.

Der Erlaß des Ministers richtet sich gegen mehrere Beschlüsse des Senats, in denen das höchste Entscheidungsgremium mehrfach mit unterschiedlichen Mehrheiten gegen Anträge auf Einrichtung von Instituten ausgesprochen hatte. Die Pläne von Oldenburger Professoren, die zum Teil auch die Zustimmung des jeweils zuständigen Fachbereichsrates fanden, teilt der Minister in seinen Erlassen weitgehend und setzt sie in weiten Teilen in Forderungen gegenüber der Universität um. Lediglich im Fachbereich 5 (Philosophie, Psychologie, Sportwissenschaft und Fachbereich 7 (Biologie) weicht er von den vorliegenden Anträgen ab. Im Fachbereich 5 neigt das Ministerium offensichtlich eher dazu, für jedes Fach nur eine wissenschaftliche Einrichtung zu bilden - entgegen den Vorstellungen des Fachbereichsrates, der gern vier Institute im Fach Psychologie, zwei für das Fach Sportwissenschaften und ein Seminar für das Fach Philosophie gebildet hätte.

Im Fachbereich 7 lehnt der Minister zwei Institutsanträge von Professoren ab. Er habe sich nicht davon überzeugen können, so der Minister, daß es zweckmäßig sei, in einem Fachbereich, der bisher sonst keine wissenschaftlichen Einrichtungen aufweise, zwei Institute unterhalb der gesetzlichen Mindestgröße (drei Professoren) zu bilden. Gleichwohl machte der Minister klar, daß er zumindest die Einrichtung von Instituten auch in anderen Fachbereichen für notwendig halte. Er wies darauf hin, daß die Universität ein weitergehendes Konzept für die Substruktur vorzulegen habe. Seine Haltung begründete er damit, daß die Universität ohne die organisatorische Kontinuität wissenschaftlicher Einrichtungen geringere Chancen habe, in der Forschung - nicht zuletzt auch beim Einwerben von Drittmitteln - konkurrenzfähig zu sein. Angesichts der bisher grundsätzlich ablehnenden Haltung der Universität habe er sich noch keine Überzeugung davon gebildet, für welche Fächer bzw. Fachkomplexe oder Fachbereiche zunächst oder auch auf überschaubare Zeit von Bildung wissenschaftlicher Einrichtungen abgesehen werden könne.

Die Mehrheit des Senats hatte u.a. deshalb Institute abgelehnt, weil Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter und auch nichtwissenschaftliche Mitarbeiter keine Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeräumt

„Von knapper Entscheidung

Heinz Giese, Volker Mellert und Wolfgang Martin Stroh zum Artikel „Erst im zweiten Anlauf das ‚Nein‘ zu Instituten“ (Uni-Info 6/82):

Ein „Nein“ zu sämtlichen Institutsanträgen hat der Senat nicht auf der Sondersitzung am 7.4.1982, sondern auf mehreren Sitzungen der vergangenen Monate und Jahre formuliert. Von einem „zweiten Anlauf“ kann gar nicht die Rede sein.

Ein „Ja“ zu Institutsanträgen hat es nie, auch nicht auf der Sondersitzung vom 24.3.1982 gegeben. Auf dieser Sitzung ist lediglich eine „zustimmende Zurkenntnisnahme“ des Organes zustandegekommen, demzufolge einzelne Institutsantragsteller sich direkt an den Minister gewandt haben. Auf der Sondersitzung sind keine Institutsanträge „abgelehnt“ worden. Dies ist bereits formal gar nicht möglich, da Anträge auf Einrichtung von Instituten nur vom Fachbereich gestellt werden können. Die angebli-

chen „Anträge“ waren in Wirklichkeit Briefe einzelner Institutsbefürworter an den Minister, in denen Anlage die ehemals vom Senat abgelehnten Antragstexte (meist verändert) beigelegt waren. Auf der Sondersitzung des Senats ist lediglich der Antrag auf „zustimmende Zurkenntnisnahme“, der am 24.3.82 positiv beschieden worden war, erneut zur Abstimmung gestellt und dabei abgelehnt worden. Weitere (etwa ablehnende) Anträge sind nicht gestellt worden. Damit ist die Beschlusslage des Senats in Sachen Instituten folgende: (1) Sämtliche bisher vorliegenden Anträge auf Errichtung von Instituten sind vom Senat (vor dem 24.3.82) abgelehnt worden. (2) Die Briefe verschiedener Institutsbefürworter an den Minister sind dem Senat zur Kenntnis gelangt. Eine - wie auch immer geartete - Stellungnahme hat der Senat aber abgelehnt, d.h. insbesondere nicht gegeben.

Kollegialität stets bewahrt



Gehlsens



Barth

Als einen Mann, der sich trotz institutionell bedingter Konflikte je eine Form der Kollegialität bewahrt habe, die die Zusammenarbeit mit ihm angenehm gemacht habe, hat Vizepräsident Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke Ministerialrat Gehlsens (links) bezeichnet, der im Wissenschaftsministerium von 1974 ab der zuständige Referent für die Universität Oldenburg war. Am 1. Mai wechselte Gehlsens als Kanzler an die Universität Hannover über. Raapke meinte weiter, der Jurist habe den Ausbau der Universität stets auch mit großem persönlichen Engagement vorangetrieben, wofür ihm die Universität sehr danke. Nachfolger im Wissenschaftsministerium ist Ministerialrat Barth, der bisher das Fachhochschulforschertum verwaltete.

Zitat

„Da man sich nicht einigen kann, wird das Ministerium entscheiden - im Sinne des Neuen, das das Alte ist. Dann wird ein großes Wehgeschrei anheben: Vergewaltigung! Doch wie das so geht - jedenfalls wenn Männer betroffen sind: Mancher wird heimlich genießen, was ihm angetan wird...“ Christian Graf von Krockow über die Institutsproblematik an der Universität Oldenburg in „Die Zeit“ vom 23.4.1982.

Zeitschriften für Uni Torun

Angehörige der Universität wollen der Kopernikus-Universität in Toruń u.a. mit Zeitschriftenabonnements helfen. In einem Schreiben hatte der Rektor der polnischen Universität, Professor Dr. Dembinski, darauf hingewiesen, daß der Einkauf wissenschaftlicher Literatur im Augenblick sehr schwierig sei.

Scharfe Kritik des Senats am Urteil über Brückner

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung hatte der Senat der Universität Oldenburg auf seiner letzten Sitzung bei fünf Enthaltungen zum Urteil der Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Hannover über den am Ostersonnabend verstorbene Psychologe Professor Dr. Peter Brückner Stellung genommen. Das Gremium sieht in dem Verfahren gegen Brückner und in dem Urteil ein Zeichen dafür, daß die Grundrechte auf Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit in jenen Fällen gefährdet sind, wo Hochschulangehörige sich politisch unliebsam und kritisch äußern. Das

Neu: Katholische Hochschulgemeinde

Am 6. Mai hat sich an der Universität Oldenburg die Katholische Hochschulgemeinde (KHG) gebildet. Interessierte Hochschulangehörige - Studenten, sonstige Mitarbeiter, Hochschullehrer - werden zur nächsten Zusammenkunft zu einem Gottesdienst mit anschließendem Gesprächskreis am Donnerstag, 3. Juni, 19.30, St. Peter, Peterstraße 24, eingeladen. Auskünfte erteilen W. Thimm, A. und F. W. Busch (FB 1), M. Pawlita (FB 3), A. Schick (FB 5), W. Leißner (FB 6), M. Hahn (FB 9) sowie bis auf weiteres M. Ratzke, Pfarrer an St. Peter Oldenburg.

keine Rede“

Land habe mit dem Verfahren seine durch das Niedersächsische Hochschulgesetz ihm auferlegte Pflicht verletzt. Im NHG § 4 Abs. 1 heißt es: „Das Land und die Hochschulen haben sicherzustellen, daß die Mitglieder der Hochschulen die durch Artikel 5 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes verwirkten Grundrechte wahrnehmen können.“ Nach Meinung des Senats sollte das Verfahren und das Urteil gegen Brückner Anlaß für eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an niedersächsischen Hochschulen sein.

Von einer „knappen Entscheidung“ kann in zweierlei Hinsicht nicht die Rede sein: Erstens war auf der Sondersitzung, wie auch am 24.3.82 überhaupt keine „Entscheidung“ zu treffen. Zweitens hat das Abstimmungsergebnis 7:5 lediglich zum Ausdruck gebracht, daß innerhalb der AKH keine einheitliche Position in Sachen Instituten besteht, so daß bei der 9:4-Abstimmung gegen die Institutsanträge ein Institutsgegner der AKH, bei der 7:5-Abstimmung gegen die positive Zurkenntnisnahme ein Institutsbefürworter der AKH zugegen gewesen ist (der zweite AKH-Vertreter befand sich im Urlaub). Daß die sieben Mitglieder, gegen die fünf Stimmen standen, einen Teil der Hochschullehrerschaft, sämtliche nichtwissenschaftlichen Angestellten und sämtliche Studenten repräsentieren, bedeutet nach unserem Verständnis keine „knappe Mehrheit“.

Neue Initiative

„Brücke zwischen Oldenburg und Japan stärken“

Verstärkte Kontakte im künstlerischen, kommunalen und wissenschaftlichen Leben vermittelte Professor Dr. Horst E. Wittig, Hochschullehrer im Fachbereich 1 der Oldenburger Universität und zur Zeit Gastprofessor an der Staatlichen Universität Matsumoto in Japan, mit einer Delegation von Künstlern und Politikern aus seinem Gastland.

Größte Aufmerksamkeit fand eine von Wittig initiierte Ausstellung moderner japanischer Schriftkunst-Malerei, die von der Künstlergruppe „Gendai Shosakka Kyodai“ zusammengestellt worden war. Die japanischen Künstler unter ihrem Generalsekretär Ritsuu Omote demonstrierten im Oldenburger Stadtmuseum in praktischen Vorführungen, wie sie ihre Werke konzipieren.

Der Oberbürgermeister von Tokio-Meguro, Toshio Tsukamoto, stellte den Großteil der Arbeiten der Stadt Oldenburg für den Fundus einer Sammlung japanischer Gegenwartskunst zur Verfügung. Tsukamoto verband in einem Grußwort mit der Schenkung die Hoffnung, „die Brücke zwischen Oldenburg und Japan zu stärken und den Bürgern unserer Gemeinschaften in ihrer kulturellen Aktivität zu helfen“. Bei der Exposition handelte es sich um die dritte japanische Kunstaustellung in Oldenburg.

Besonders dem Ausbau wissenschaftlicher Kontakte galt ein Besuch

der japanischen Delegation beim Präsidenten der Universität, Dr. Horst Zilleßen. Wittig drückte dabei die Hoffnung aus, daß es gelänge, neue Formen der Kooperation zu entwickeln. Absicht ist es, die Kontakte in absehbarer Zeit zu institutionalisieren.

Ein weiterer Besuch der japanischen Delegation, zu der auch der Präsident des Stadtparlamentes, Hideo Sugimoto, und die Präsidentin der „International Society for the Arts“, Masami Kameda, M.A., gehörten, galt der Bezirksregierung Weser-Ems, wo sich die Gäste über verschiedene Verwaltungsaufgaben informierten.

Orchester sucht noch Musiker

Nach ermutigenden Anfängen beim Aufbau des Hochschulorchesters unter der Leitung von Heiner Buhmann werden für die weitere Arbeit noch neue Musiker gesucht. Die Mitwirkung in dem Orchester ist nicht nur Studenten, sondern allen anderen Interessenten möglich. Erwartet werden keine hochqualifizierten Fähigkeiten, sondern vielmehr die Freude an der Musik und die Bereitschaft zur intensiven Probenarbeit. Die Proben finden donnerstags von 20.00 bis 22.00 in der Aula der Universität statt.

Komfortabel mit der Schramme

500 veritable Waffenstudenten gibt es immerhin in Oldenburg, der nordwestdeutsch-sächsischen 140.000-Einwohner-Stadt mit Reformuniversität. Dort konnte am Wochenende die schlagende Verbindung „Markomanno-teutonia“ ein neues Verbindungshaus seiner Bestimmung übergeben. Ein ermutigender Schritt nach vorn für jene, von denen man zwischenzeitlich schon annehmen mußte, es gebe sie gar nicht mehr: diese Leute, die Wert darauf legen, daß man ihnen die akademische Bildung vom beschädigten Antlitz ablesen kann. Jawoll, sie sind wieder da, die alten Herren mit ihren alten Hüten und deren studentische Nachhut. Kann endlich, nach langen düren Jahren des Waffensstands, mit frischem Schliff und neuem Schmiss wieder „rangen auf dem Paukboden. Die neuen Füchse und Burschen benötigen wie ehedem Kneipe, Kommers, Konvent und Komment, um Verbindung zu halten. „Die Verbindung schafft Vergünstigungen“ meinen besonders schlauer Füchse. Klar: schaden können Beziehungen und Geld nur denen, die darüber nicht verfügen - besonders in Zeiten flauer Konjunktur. Man beeilt sich allerdings, öffentlich mitzuteilen, daß „ständisch-elitäres Denken“ und „reaktionäre Gesinnung“ sowie auch „geistlose Massengelage von kontaktgestörten Saufbolden“ damit reinweg gar nichts zu tun hätten, sondern nur mit Vorurteilen - und eben damit, daß „wir von vielen als Rechtsradikale abgestempelt werden“.

Und von „ritualisiertem Verstümmeln“ nur gar will der alte Herr Vorsitzende Jürgen von Malotki erst recht nichts wissen. Richtig ist vielmehr, daß „das gemeinsame Erleben im Vordergrund steht“, meint er, und „die Tatsache, daß jemand bereit ist, für die Gemeinschaft den Kopf hinzuhalten“. - Gewiß, den Kopf hinzuhalten. (Schon vor rund zwanzig Jahren spöttete der Kabarettist Dieter Hildebrandt: „Einer hält seinen Kopf hin, ein anderer hauzt zu - naja, bei den Köppen...“) Für welche Gemeinschaft aber schneidet man sich denn da wohl so aufopferungsvoll ins eigene Fleisch? Für die mit dem markigen Namen vermutlich. Alsdann: „Schläger hoch zum ersten Gang“ jubelt die Lokzeitung. Und übrigens, fügt der alte Herr Vorsitzende zur Beruhigung der friedlich ihren Morgenkaffee schlürfenden, Zeitunglesenden Bürger hinzu: selbst ohne Helm sei „das Fechten gar nicht so gefährlich, wie man meint.“ Außerdem seien Schmisse bei den markomannischen Teutonen heutzutage gar nicht mehr so gefragt. Man lege sogar Wert darauf, daß im Falle eines Falles die Narbe unsichtbar bleibe. So wird denn verschämt die einstige Zier des schlagenden Scholaren zur Unfallnarbe deklassiert: die Generation nach 68 betont, in Widersprüche verstrickt, das Dezente, Ratlos steht und fragt sich da der nicht-akademische Laie: wozu dann erst die ganze Paukerei?

Was ein rechter Verbindungsman ist, der weiß auch darauf eine verbindliche Antwort: „Bei der Mensur geht's darum, den inneren Schweinhund zu überwinden.“ Wem diese besondere Art, die Sau rauszulassen, altrömodisch vorkommt, der sollte daran denken, daß Modern regelmäßig wiederkehren. Markomanno-Teutonia liebert den wahrhaft schlagenden Beweis dafür. Möglicherweise aber ist das akademisch-geschliffene Aufeinanderlosgehen am Ende doch nicht gar so harmlos, wie die Verfechter der Fechtrituale behaupten. Ein gezielter neo-teutonischer Hieb kann selbst einen noch so studierten Kopf härter treffen, als es diesem zuträglich sein dürfte. Andererseits lebt es sich in gewissen Kreisen offenkundig seit geraumer Zeit wieder ganz komfortabel mit einer Schramme.

Kurt Birr im NDR 3

Negative Entscheidungen unvertretbar

Die Neugründung und Ansiedlung wissenschaftlicher Institute in Oldenburg hat Oberstadtdirektor Heiko Wandscher jetzt als eine unabsehbare Notwendigkeit bezeichnet. Die Stadt Oldenburg reagierte damit auf ein Schreiben von Wissenschaftsminister Johann-Tönjes Cassens, mit dem er durchblicken ließ, daß Oldenburg wenig Chancen hat, als möglicher Standort des geplanten Instituts für Elektrochemie berücksichtigt zu werden.

Angesichts der Tatsache, daß die Institutsneugründung durch die Fraunhofer-Gesellschaft noch nicht „als beschlossene Sache betrachtet werden kann“, macht Cassens in seinem Schreiben geltend, daß „eine regional- wie auch strukturpolitisch motivierte Festlegung auf einen Standort nicht unbedingt geeignet ist, positive Rückwirkungen auf die Entscheidung des künftigen Institutsträgers zu zeitigen.“

Die Stadt Oldenburg weist demgegenüber mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß derartige Gesichtspunkte gerade in der Frage des Standortes neuer wissenschaftlicher Einrichtungen keinesfalls vernachlässigt werden dürfen. Sonst bestünde die Gefahr, daß immer wieder dieselben Standorte in die engere Wahl gezogen werden.

In der Stadt Oldenburg und der Weser-Ems-Region wurden die Bevölkerungszahlen in den kommenden Jahren noch stärker steigen als dies augenblicklich der Fall ist. Der Ansiedlung wissenschaftlicher Institutionen sei unter dem Gesichtspunkt ihrer wirtschaftlichen Bedeutung höchste Priorität einzuräumen. „Negative Entscheidungen sind daher auf Dauer unvertretbar“, erklärte der Oldenburger Oberstadtdirektor.



Spende für Kindergarten

Mit einem Scheck über 2.000 Mark förderte die Berta-Ramsauer-Stiftung den Kindergarten der Studentenselfhilfe-Kindertagesstätte am Kükpersweg. Von dem Betrag, der von Grete De Vulder vom Vorstand der Stiftung überreicht wurde, sollen Spielsachen gekauft werden. Die Stiftung versteht sich als eine der Einrichtungen in Oldenburg, die u.a. die Universität in den Bereichen unterstützen, für die die Hochschule selbst keine hinreichenden Etatmittel bereitstellen kann.

Gegen Ausländerfeindlichkeit

Die Hochschulgruppe ausländischer Studenten (HGAS) hat ein Komitee gegen Ausländerfeindlichkeit initiiert, in dem Deutsche und Ausländer zusammenarbeiten. Ziel des Komitees ist es, das gleichberechtigte Zusammenleben deutscher und ausländischer Mitbürger und das gemeinsame Vorgehen gegen Ausländerfeindlichkeit zu fördern. Die zunehmende Ausländerfeindlichkeit, die sich in den allerorten bildenden „Listen für Ausländerbegren-

Uni und DGB: Berufsvorbereitung für Behinderte

Der DGB-Landesbezirk Niedersachsen und die Oldenburger Universität setzen ihre gemeinsame Ringvorlesung zum Problembereich der Integration Behindeter fort: Am Dienstag, 18. Mai, 19.00, referiert Herbert Biekn vom Berufsbildungswerk Hamburg, ÖTV, über die Berufsausbildung für Behinderte. Wolfgang Köcher, DGB Niedersachsen, spricht zu dem Thema „Berufsvorbereitungsjahr/Berufsgrundbildungsjahr - Notwendigkeit von Sondereinrichtungen?“ Dritter Referent geht Gerhard Duismann von der Oldenburger Universität an diesem Abend der Frage nach „Ist Vorbereitung von Integration ins Berufsleben durch Arbeitslehre möglich?“

Am Dienstag, 25. Mai, 19.00, erläutert Elith Berg, Social Stryelsen, Kopenhagen, die „Normalisierung der Geistigbehindertenfürsorge in Dänemark“; Prof. Dr. Ulrich Schröder, Universität Oldenburg, legt zur Integration Behindeter verschiedene Denkmöbel und Versuche in der Bundesrepublik dar. Beide Veranstaltungen sind im Hörsaal B der Universität.

Personalien • Personalien •

Prof. Dr. Gerd Kaupp (42), Professor für Organische Chemie (C 4) an der Universität, studierte Chemie an der Universität Würzburg, legte 1963 das Diplom in organischer Chemie ab und promovierte 1965 im Arbeitskreis Prof. Dr. S. Hüning über Farbstoffkupplungen, 1966 folgten Forschungen über Autoxidationen als post doctoral fellow bei Prof. Dr. G. A. Russell, Ames, Iowa, USA. 1967 forschte er über Photochemie und Cycloadditionen bei Prof. Dr. H. Prinzbach an der Universität Lausanne, 1969 wurde er wissenschaftlicher Assistent an der Universität Freiburg. Eigene, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Untersuchungen galten neuen kinetischen Methoden. 1973 habilitierte er sich im Fach Organische Chemie an der Universität Freiburg, wurde 1975 zum Universitätsdozenten ernannt und erhielt 1979 die Bezeichnung außerplanmäßiger Professor verliehen. 1980 folgte die Ernennung zum C2-Professor.

Prof. Dr. Bernhard Badura, Fachbereich 3, wird als Berater der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Experten zu folgenden Themen ausarbeiten: „Social-epidemiological approaches of prevention and intervention studies and their relation to the lifestyle concept“ und „Non-professional health care in Europe - a danger or a new ally for the public sector?“ Zu diesem Zweck wird er auch im Oktober und November 1982 an Sitzungen der WHO in der Bundesrepublik und in der Türkei teilnehmen.

Dr. Dieter Peper, Akademischer Direktor im Fach Sportwissenschaft, Vertreter auf dem Lehrstuhl für Sportpädagogik, war im März 1982 mit Unterstützung des DAAD in Brasilien an der Universität Santa Maria, Rio Grande do Sul, als Gast

professor tätig. Über vier Wochen hielt er einen Kompaktkurs „Einführung in die Sportpsychologie“ sowie eine Vertiefung für einen Sport-Magister-Kurs. Er arbeitete eng mit Professor Dieckert zusammen, der ebenfalls Hochschullehrer der Oldenburger Universität ist und zur Zeit als Gastprofessor in Santa Maria lehrt. Anschließend bereiste Peper weitere Städte und hielt Vorträge über sportpsychologische und -pädagogische Themen im Rahmen der Sportlehrerausbildung an den Universitäten Recife und Belem und führte Kontaktgespräche mit Kollegen der Universitäten Rio de Janeiro und Brasília.

Einstellung als wissenschaftliche Angestellte

Tevfik Severengiz im Forschungsvorhaben „Tellurophosphane“ (Prof. Du Mont, FB 9)
Klaus Taux im Forschungsvorhaben „Ufnerne Sedimente“ (Prof. Gebhardt, FB 7)

Einstellung im Dienstleistungsbereich

Ursula Claus als Angestellte im Schreibdienst im FB 6

Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Ingrid Koschmieder als Raumpflegerin im Dezernat 4
Werner Wothke als wissenschaftlicher Angestellter im Fachgebiet „Experimentelle Methoden der Psychologie“

Helga Wittig-Abmus als Angestellte in der Bibliothek

Wiltrud Frilling als Angestellte im Schreibdienst im FB 5

Bärbel Bünting als technische Angestellte in der ZETWA

Dirk Lübben als Verwaltungsangestellter im Dezernat 3

Für Optik - Foto - Film - Kino + Projektion sind wir Ihr richtiger Partner.

Dipl.-Optiker
WALTER
Inh. W. D. Heß
stattl. opt. Augenoptiker
Fachmännische Beratung
Kurwickstr. 34/Ecke Mottenstr. - Hauptstr. 35
Telefon (04 41) 1 90 70



Schreibmaschinen
neu und gebraucht, sowie diverse Büro-
maschinen mit Steckbrief und Garantie!
Maschinen Schreibmaschinen ab 85 DM
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM
Kugelkopfschreibmaschinen ab 490 DM
Elektronische
Typenrad-Schreibmaschinen ab 1080 DM
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.

Verkauf und Service in Oldenburg:
ERLBECK BÜROTECHNIK
Donnerschweer Straße 91
29 Oldenburg. Tel. 0441 85125



Die neue Frühjahrsware ist da!

AUROCATION
Lange Straße 46, 29 Oldenburg

2 Stunden
Examensarbeiten-Service

Fotokopien DIN A 4
Buchbindearbeiten
Zeitschriften Berichte



HENCKUS
Buchbinderei
Edewechter Landstraße 50
29 Oldenburg
Telefon 0441-50 2397

Alles für unsere Kunden

wöltje
OLDENBURG

Heiligengeiststraße 6
Achterstraße 34 und Lange Straße 20

Grünes Licht zum später zahlen!
VIDEO-GERÄTE, FOTO- und FILMKAMERAS
ohne Anzahlung mitnehmen und erst
nach 4 Monaten bar zahlen
(od. auch Teilzahlung anschließen).
Für diese 4 Monate zahlen Sie nur einmalig 3 % Finanzierungskosten auf
den Barpreis. ODER: Gleich Teilzahl. bis zu 72 Monatsraten abschließen.
Das alles leistet unsere Hausbank. . . Jetzt mitnehmen, später zahlen.

